

Amt f. Brandschutz, Rettungsdienst u. Kat.-schutz

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 1516/25

Titel der Drucksache

Aufbau eines First-Responder-Systems nach Wiener Vorbild zur Verbesserung der Notfallversorgung in Erfurt

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

- | | |
|---|-------|
| Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben? | Ja. |
| Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung? | Nein. |
| Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor? | Nein. |

Stellungnahme

Aktivitäten zur Verbesserung des Outcomes nach präklinischem Herz-Kreislaufstillstand werden grundsätzlich begrüßt. In Erfurt und den zugehörigen Ortsteilen werden bereits seit Jahren Kräfte der Feuerwehren als First Responder sowie zur Unterstützung des Rettungsdienstes bei Reanimationen eingesetzt. Die Einbindung weiterer externer Kräfte ist dabei aufgrund fehlender Schnittstellen nicht ohne Weiteres möglich.

Selbst wenn die entsprechenden Schnittstellen künftig angesprochen werden könnten, wären durch den Stadtrat einzig die Stadtwerke Erfurt zur Mitwirkung zu verpflichten. Zur Ausweitung auf die Landespolizei – welche grundsätzlich als geeignet erscheint – ist zwingend das zuständige Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung (TMIKL) zu beteiligen. Wegen der Zuständigkeit des TMIKL für das Rettungswesen und die Landespolizei sollte hier ein Appell auf dem Dienstweg, d.h. über den Gemeinde- und Städtebund im Zusammenwirken mit dem Thüringer Landkreistag, initiiert werden. Die Einbindung der Bundespolizei könnte vermutlich nur als dezentraler Bestandteil erfolgen.

Zeitnah ist eine Umsetzung aufgrund der zuvor notwendigen Einordnung in die Haushaltsplanung der Stadtverwaltung Erfurt nicht möglich. Auch die Abschätzung der Kosten ist im Detail nicht möglich. Hierzu bedarf es eines entsprechenden Leistungsverzeichnisses und nachfolgenden Angebotsverfahrens.

Die Projektarbeit sowie die Aus- und Fortbildung der perspektivisch eingesetzten Kräfte ist dabei mit dem aktuellen Personalkörper des Amtes 37 nicht sicherzustellen. Hier bedarf es zusätzlichen Personals oder einer externen Vergabe der Ausbildungsleistung.

Um ein thüringenweit einheitliches Handeln zu gewährleisten, sind die zuständigen Ministerien zu beteiligen und diesen die Projektsteuerung zu übertragen.

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Der Aufbau eines erweiterten First-Responder-Systems ist unter den o.g. Voraussetzungen nicht zielführend und mit erheblichem finanziellen und personellen Aufwand verbunden.

Zielführender wäre ein Ausbau der Verfügbarkeit von öffentlichen AED zur Förderung der Laienhilfe. Hier wäre die Integration der AED an städtischen Objekten denkbar.

Anlagenverzeichnis

komm. Hinsche

Unterschrift Amtsleitung

02.07.2025

Datum